

Flüchtlingssituation in Flensburg Mitteilung zur Ratsversammlung am 08. Oktober 2015

Sehr geehrte Frau Stadtpräsidentin,
sehr geehrte Ratsmitglieder,

mit dieser Mitteilung möchte ich Ihnen die wichtigsten Ergebnisse der Kommunalkonferenz zur Flüchtlingslage darstellen, die am 30. September im Kieler Landeshaus stattfand. Zugleich möchte ich erste Konsequenzen für Flensburg ankündigen.

Der Ministerpräsident und der Innenminister legten aktuelle, massiv steigende Flüchtlingszahlen vor. So nimmt das Bundesland täglich 4-500 Menschen auf, was hochgerechnet bis zum Jahresende bedeuten würde, dass nicht wie bisher prognostiziert 25 Tausend, sondern wohl 50 – 60 Tausend Menschen zu erwarten sind.

Zur Herausforderung, so viele Menschen in so kurzer Zeit unterzubringen, hieß es, der Maßstab sei nun nur noch, dass möglichst wenige frieren und hungern!

Das Land strebt zwar eine zügige Aufstockung der Erstaufnahmekapazitäten von 10 Tsd auf 15 Tsd Plätze an. Das auch das ein schwieriges Unterfangen ist, zeigt das bisher ergebnislose Verfahren zur EAE auf dem Campus. Den entsprechenden für heute vorgesehenen Aufstellungsbeschluss habe ich zurückgezogen, da – Stand heute – nicht klar ist, ob und wo das Land an seinem Vorhaben festhält.

Ganz offensichtlich kommen aber auf alle Kommunen - nur mit leichter Verzögerung - nun Aufgaben in einer ganz anderen Dimension zu.

Dies gilt um so mehr, als die vom Bund angekündigten Verschärfungen und schnelleren Verfahren nach Einschätzung des Landes den Zustrom von Flüchtlingen nur ein wenig dämpfen werden. So werden bisher nur etwa 25% aller Asylanträge abgelehnt, und in ganz 2015 kam es landesweit nur zu 300 Rückführungen. Perspektivisch ist

zudem mit einer sehr hohen Anzahl an nachziehenden Familienmitgliedern zu rechnen.

Wenn diese Annahmen zutreffen, und es bei den bisherigen Verteilungen bleibt, müssten wir uns in Flensburg mindestens auf ein verdoppeltes Aufnahmetempo einstellen. Und daher erscheint es ein bisschen wie die Ruhe vor dem Sturm, dass in dieser Woche nur 11 Asylsuchende zugewiesen wurden. Nach Quote könnten es zukünftig 80 oder mehr Menschen sein, die wöchentlich untergebracht werden müssten.

Nach wie vor gilt daei das iel, Unetrbringungen in Turnhallen oder gar Zelten zu vermeiden. Wir werden deshalb versuchen, den Aufbau von Wohnmodulen nochmals zu beschleunigen, und werden schneller auf weitere Flächen und Objekte zugreifen müssen. Neben den bereits bekannten Flächen am Sophienhof, am Friedensweg und auf der Exe laufen die Vorbereitungen für die Europawiese und Verhandlungen für weitere Gewerbeflächen und Immobilien im ganzen Stadtgebiet. Dies wird ohne spürbare Interessenkonflikte in den Nachbarschaften kaum gehen.

Neben der nach wie vor ausgeprägten Hilfsbereitschaft kommt bei uns an – in Gesprächen, in Briefen, in der Hotline (die mit über 250 Anrufen gut angenommen wird) und vor Ort - , dass viele EinwohnerInnen und Gewerbetreibende sich erhebliche und durchaus berechnigte Sorgen machen, was das für ihre Nachbarschaft, ihren Immobilienwert, ihre Investition oder das Zusammenleben insgesamt bedeutet. Zu guter Bürgerbeteiligung gehört es, diese Sorgen ernst zu nehmen, nicht schönzureden oder gar in die rechte Ecke zu stellen. Mehrere Infoveranstaltungen haben wir daher zeitlich vorgezogen, und wir werden bei den größeren Unterkünften vorbeugend eine intensivere Betreuung organisieren als bisher.

Allein das aktuelle Krisenmanagement mit Versorgung, Einteilung, Zahlverfahren, Unterbringung, Versordung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen und die Betreuung der Transitreisenden ist aufwändig genug, und ich danke allen Mitarbeitern, die morgen, mittags, abends und z.T. auch nachts energisch anpacken, die in den betroffenen Abteilungen aushelfen, oder in anderen Abteilungen mit weniger Personal bemüht sind, die Regelaufgaben wahrzunehmen!

Denn wir wollen in Flensburg für eine hilfreiche Betreuung, eine geordnete Unterbringung und eine gute Integration stehen, und wir werden uns weit strecken, um dies zu ermöglichen. Aktuell sind viele Mitarbeiter aus den verschiedenen Fachbereichen intern als Verstärkung eingesetzt.

Und doch macht die akute Problemlösung nur einen kleinen Teil der Aufgaben aus, die auf Flensburg zukommen.

Schon jetzt muss es darum gehen, auch die strategischen Aufgaben vorzubereiten:

- Viel mehr - und zwar bezahlbaren - Wohnungsbau für die große Anzahl, die dauerhaft bleiben wird – und alle anderen, die in Flensburg wohnen möchten.
- Eine Anpassung der Planungen im KITA-Bereich, in der Schullandschaft
- Ein schnelles Heranführen der neuen FlensburgerInnen an die Sprache, an Ausbildung und Arbeit.
- Eine Stadtentwicklung, die das Zusammenleben fördert und nicht neue isolierte Stadtteile schafft: Hier muss auch das ISEK den neuen Anforderungen Rechnung tragen.

Das Ziel muss es insgesamt sein, die hohe Qualität unserer Stadt und die strategischen Ziele, die wir uns mit der Flensburg-Strategie gesetzt haben, nicht im Hauruck-Verfahren aufzugeben, sondern möglichst zu halten oder sogar zu stärken. Und es muss gelingen, Integration so zu organisieren, dass unsere jetzigen Einwohner nicht ins Hintertreffen geraten, wenn es um bezahlbares Wohnen, Ausbildungsplätze und Stadtteilentwicklung geht.

Um hier die notwendigen Analysen zu tun, Ideen zu entwickeln und vorzubereiten, wie Flensburg sich strategisch auf die neue Lage einstellt, werde ich eine Planungsgruppe aus Mitarbeitern und Führungskräften verschiedener Fachbereiche einsetzen. Die Planungsgruppe wird dem Vorstand direkt zuarbeiten, und Herr Brüggemann wird den Schwerpunkt seiner Vorstandstätigkeit zugunsten dieses Themas verlagern. Als Auftakt und um auch ihre Hinweise aufzunehmen werde ich nach den Herbstferien zu einem Abstimmungsgespräch mit den Fraktionsvorsitzenden einladen.

So ziemlich nichts von alledem wird mit den bisherigen Spielräumen in Haushalt, Kreditdeckung, Personal und Baurecht zu leisten sein. Für Bürgermeister und Landräte war die Kommunalkonferenz in dieser Hinsicht enttäuschend!

Zwar wurde den Kommunen in allgemeiner Form deutlich gemacht, dass das Land sie nicht im Stich lassen wird. Konkret wurde es aber selten, und wenn dann nicht entlastend. So hat das Land keine konkrete Weiterreichung der Bundesmittel von monatlich 670 EURO pro Asylbewerber in Aussicht gestellt: „Diese Mittel sichern lediglich, dass das Land die bisherige Kostenteilung von 70:30 aufrechterhalten kann“ wurde uns beschieden - und eine AG Finanzen eingerichtet...

Für mögliche Erleichterungen im Baurecht gab es zwar einen Ansprechpartner, aber noch keine greifbaren Regelungen und auch die Verteilung der zusätzlichen 350 Mio Euro Bundesmittel zur Finanzierung der Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen wurde den teilnehmenden Bürgermeistern und Landräten nicht klar.

So blieb der Gipfel weit hinter dem Forderungskatalog der kommunalen Landesverbände zurück, obwohl es höchste Zeit wird, für unsere Haushalte Klarheit zu bekommen.

In Vorbereitung ist deshalb auch eine gesonderte Stellungnahme der 4 kreisfreien Städte, in denen die besonderen Anforderungen der großen Städte herausgestellt werden. Dazu zählt neben den geplanten Erstaufnahmen, der Inanspruchnahme der Gesundheitsämter und anderen städtischen Aufgaben auch die umfassende Bereitschaft zur humanitären Unterbringung der Transitreisenden, bei der wir uns perspektivisch auf Kosten einstellen, die leicht bei 80.000 EURO monatlich liegen könnten.

Aber Kosten sind eines. Fraglich ist, ob die pauschale Aussage „Wir schaffen das“ unverändert stehen bleiben kann.

Bereits nach einem Sommer stehen öffentliche Behörden, Hilfsorganisationen und freiwillige Strukturen in Bund, Ländern und vielen Kommunen hart am Rand der Möglichkeiten. Gleichzeitig mehren sich die Zweifel in der Bevölkerung, weil nicht wirklich erkennbar ist, dass und in welcher Form europäisch oder national spürbar entgegen-

gesteuert wird, weder bei den traurigen Ursachen der Flucht, noch bei der Verteilung innerhalb Europas, und nur begrenzt in der Unterstützung in Südeuropa.

Die Einschätzung des Ministerpräsidenten lautete, wir müssten uns alle darauf einstellen, dass der Flüchtlingsstrom in jedem Fall noch 10 Jahre kaum vermindert anhält und unsere Strukturen entsprechend anpassen.

Das kann nicht das letzte Wort sein!

Mit viel Flexibilität, und durch das Liegenlassen vieler anderer Aufgaben lässt sich der derzeitige Krisenmodus sicher auch noch ein Stück weit in 2016 fortführen.

Auf Jahre allerdings nicht. „Unser Herz ist weit. Unsere Möglichkeiten sind endlich.“ Diese Aussage des Bundespräsidenten gilt auch für Flensburg. Die Bundesregierung und Europa müssen dringend zu einer anderen Flüchtlingspolitik finden, die menschlich ist, aber anders hilft - die deutlicher steuert und faktisch begrenzt.

Vielen Dank!